



Regierung Fürstentum Liechtenstein  
Ministerium für Inneres, Wirtschaft und Umwelt  
Regierungschef-Stv. Sabine Monauni  
Peter-Kaiser-Platz 1  
9490 Vaduz

Schaan, 18. Juli 2022

**Stellungnahme zum Vernehmlassungsbericht der Regierung betreffend die Abänderung des Baugesetzes (BAUG), des Energieeffizienzgesetzes (EEG) und des Energieausweisgesetzes (ENAG)**

Sehr geehrte Frau Regierungschef-Stellvertreterin Monauni

Wir Kaminfeger sind von obiger Gesetzesänderungen unmittelbar betroffen und möchten uns daher der Stellungnahme der Wirtschaftskammer vollumfänglich anschliessen. Obwohl wir nicht direkt zur Stellungnahme aufgefordert sind, ist es uns ein Anliegen, auf uns wichtige und spezifische Begebenheiten im Zusammenhang mit dem angekündigten Verbot von fossilen Heizungen, aufmerksam zu machen.

Es wäre falsch, den Umständen des Konfliktes in Osteuropa und der damit zusammenhängenden möglichen und bevorstehenden Knappheit von Öl- und Gasbrennstoffen damit zu begegnen, erneut die Besitzer von Öl- und Gasheizungen, und, somit mehr als 8'000 Liegenschaftsbesitzer in Liechtenstein, vor vollendete Tatsachen zu stellen. Dass damit auch noch die Klimaziele – quasi im selben Aufwisch – «erledigt» werden können, würde uns erstaunen. Wir versuchen zu erklären warum;

Die Umsetzung der Luftreinhalteverordnung hatte zur Folge, dass während der vergangenen Jahre (2007 bis ca. 2017) eine grosse Anzahl von alten Heizsystemen saniert oder ersetzt wurde. Diese Massnahmen, sowohl im Heizungs- als auch Gebäudebereich, hatten insgesamt eine deutliche Abnahme des fossilen Brennstoffverbrauches zur Folge. Es war dies sogar der massgebende Teil zur Erreichung der Kyoto Klimaziele, nämlich die Reduktion von ca. 25'000 Tonnen Treibhausgasemissionen pro Jahr.



Anders ausgedrückt kann man feststellen, dass Liechtenstein global gesehen ein kleiner Emittent ist, deshalb soll ein angemessener und verhältnismässiger Beitrag zur Bekämpfung des Klimawandels angestrebt und umgesetzt werden. Einfach Öl- und Gasheizungen verbieten, überträfe einen solchen Beitrag aber bei weitem und verfehlt jegliche Verhältnismässigkeit; da Liechtenstein sich geografisch gesehen in der gemässigten Klimazone befindet, kann nicht plötzlich dem überwiegenden Teil der Gebäude in Liechtenstein – ca. 8500 der ca. gesamt 10'000 Liegenschaften die fossil beheizt sind – ein Verbot ausgesprochen werden, sowohl in der benachbarten Schweiz als auch in den umliegenden europäischen Staaten stehen aktuell keine dahingehenden Schritte bevor.

Dem Berufsstand der Kaminfeger/Feuerungskontrolleure, welcher geholfen hat, dass 3000 Heizungssanierungen stattfanden, würde nun zusammen mit über 8000 Liegenschaftsbesitzern, deren Wärmezeugung „jetzt“ zudem verboten werden soll und welche allesamt den massgebenden Beitrag zur realen Erfüllung der Kyoto-Klimaziele leisteten, grosser Unmut zuteil.

Dass allerdings der Verkehr, als grösster Treibstoffverbraucher und Hauptverursacher der derzeitigen Treibhausgas Ausstösse und ebenfalls die Landwirtschaft mit ihren Treibhausgas Emissionen noch immer nicht in die Pflicht genommen werden, was aber ebenso bedeutend und zielführend wäre, verstehen wir nicht. Denn dem Umstand der fossilen Treibstoffpreis-Entwicklung wird staatlich nicht beigegeben. Dabei wird ein massgebender Teil des derzeitigen Konfliktes in Osteuropa durch diese Preiserhöhung finanziert.

Fazit; Es müsste die Voraussetzung für die Angemessenheit und Wirksamkeit der Anpassungen, und die dafür möglichen Massnahmen, den stetigen kurzfristigen Begebenheiten entgegen zu können, zuerst geschaffen werden. Einfach verbieten ist kein Konsens!

Für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme bedanken wir uns.

Mit freundlichen Grüssen

**Kaminfeger Liechtenstein**

Sektion der Wirtschaftskammer Liechtenstein



Benedikt Kuster, Präsident